

DIE ROTE BÖRSEMKRACH



Juni 2004

Inhalt

Editorial und Impressum	2
Die Hand, die die Wiege bewegt...	3
Tanz den Mussolini!	4
Von Hauptstadt zu Hauptstadt	8
Ökonomie und die Wirkliche Welt	10
Demokratie in der Krise?	13
War das schon alles?	15
- Entgegnung	17
RBK - Mythos oder Realität?	19
Newsflash	22
Kochrezept	23

Liebe Menschen,

wir freuen uns euch eine weitere Ausgabe der RBK präsentieren zu können.

Eine zentrale Thematik in letzter Zeit bei uns war das niedrige Frauen-Männer Zahlenverhältnis von Vwl-Studierenden. Es wurden dazu interessante und analytische Diskussionen geführt. Selbstverständlich gibt es einen Artikel gleich zu Beginn darüber, welcher als Einleitung zu einer ganzen Artikelreihe von in Zukunft erscheinenden RBKinnen aufzufassen ist.

Nachdem in der letzten Ausgabe ein "Auslandssemesterspezial" mit einigen Artikeln erschienen ist, freuen wir uns in dieser Ausgabe über einen Artikel wie mensch als nicht ÖsterreicherIn die Bundeshauptstadt Wien als Studienauslandssemester betrachtet.

Der letztere Teil dieser Ausgabe beschäftigt sich erneut mit der Debatte um die stark mathematische Vorgangsweise in der Volkswirtschaftslehre. Die brisante Auseinandersetzung mit diesem Thema unter Studierenden zeigt sich einmal mehr in der Tatsache, dass diese RBK einen "Gegen-Artikel" zu einem Artikel dieser Ausgabe beinhaltet.

Wir wünschen euch viel Spaß mit dieser Ausgabe und freuen uns über jede Art von Feedback. Anregungen, Beschwerden, etc. schickt ihr an vwl@gmx.at oder schaut einfach mal im offenen Plenum vorbei, jeden Donnerstag 20 Uhr in der Schildburg. Auch LeserInnenbriefe sind erwünscht.

Impressum:
Der RoteMedieninhaber, Herausgeberin und Verlegerin:
Platsch, Daniela c./o. Studienrichtungsvertretung
Volkswirtschaft,
Allee: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Johannes Gierlinger,
Michael Greinecker, Justus Henke, Robert Hierländer,
Raphaella Hyee, Maximilian Kasy, Kornelia Kopf, Michael
Kummer, Daniela Platsch

**Euer RBK
Redaktionsteam**

Die Hand, die die Wiege bewegt, bewegt die Welt*

Einige unserer KollegInnen, die sich durch besondere Beobachtungsgabe auszeichnen, fiel nach einigen Jahren konzentriertem Volkswirtschaftsstudium auf, dass die Männerquote der typischen VWL Lehrveranstaltung der eines Technik-Studiums nahe kommt. Auch die Ergebnisse seriöser Forschung bestätigen dieses rein subjektive Urteil: der Anteil der männlichen Studierenden beträgt über den Zeitraum der letzten 25 Jahre relativ konstant 75% der Anzahl der insgesamt für VWL gemeldeten Studierenden. Obwohl genauere Forschung (z.B. unter Einbezug von SpezialistInnen-Statistiken wie Abschlüsse oder Dropout Quoten noch ausständig ist, kamen Kreise innerhalb des RBK, die nicht nur streng politisch korrekt, sondern auch kritisch denkend sind, auf den Geschmack, die Ursachen dieses Umstandes zu ergründen.

Da diese Menschen nicht nur kritisch denkend und emanzipatorisch, sondern auch modern sind, gingen sie mit Brainstorming Methodik vor, die naturgemäß vollkommen versagte: sie waren gänzlich unfähig, plausible ad hoc Theorien zur geringen Beliebtheit des von uns allen so geliebten VWL Studiums bei Frauen aufzustellen.

Eine der wagen, stümperhaften Ideen die geäußert wurden, betraf den Mangel an weiblichen Vorbildern, sowohl beim Lehrbücher- und sonstige Forschung produzierenden, als auch beim Lehrbücher referierenden Volk.

Besonders interessant wäre es natürlich, Zusammenhänge zwischen dem Verhältnis der reinen Rechenzeit und der insgesamt der Ökonomie gewidmeten Zeit herauszuarbeiten - ist es möglich, zu kurz

gegriffen oder völlig zutreffend und das Ende aller Weisheit, dass Frauen Angst vor Zahlen, und wir dasselbe Problem wie die geschätzten KollegInnen der Studienrichtung Maschinenbau haben? Mensch könnte genauso argumentieren, dass es Frauen in formaleren



Wissenschaften leichter haben, da Leistungen objektiver bewertet werden können, und nicht diejenige/derjenige strahlend und siegreich das Feld verlässt, die/der sich am energischsten zu präsentieren weiß.

Weitere Erklärungsversuche schlugen bisher fehl; eine gewisse Ratlosigkeit zeichnete die Atmosphäre der wiederholt geführten Diskussionen aus.

In der Regel geben sich WissenschaftlerInnen in spe mit so einem Ergebnis wenig zufrieden, dem Anschein nach ist das Thema des Geschlechterverhältnisses in der Studienrichtung VWL von komplexerer Natur als jede/jeder der im RBK Engagierten erwartete. Gerade eben diese

*Indisches Sprichwort

¹Siehe beliebiges populärwissenschaftliches Werk über geschlechtsspezifische Kommunikationsunterschiede; z.B. D. Tannen, 2001

Tatsache macht diese Frage so attraktiv. Konkret werden Forschungen ausgeweitet, d.h. geplant ist eine genaue Auswertung und Analyse der Dynamik von InskribentInnenzahlen, Abschlüssen und Dropouts. Vielleicht gelingt mit der detaillierten Betrachtung die Herstellung einer Beziehung zu politischen, sozialen, oder sonst wie gearteten Rahmenbedingungen. Das Outcome dieser Bemühungen sollte ein über mehrere Semester sich hinziehendes Projekt sein, das diese und andere Fragen erschöpfend behandelt und eine Änderung der bestehenden Verhältnisse in Richtung gleicher Präsenz beider Geschlechter in VWL Lehrveranstaltungen anstrebt.

In Planung bzw. Bearbeitung befinden sich eine Vielzahl von Aktionen, die von symbolischen, aber gewichtigen Akten wie der angestrebten Umbenennung der bisher lieblos "Seminarraum 1&2" gerufenen Räumlichkeiten in der Hohenstaufengasse in "Joan Robinson" und den Namen einer zweiten total tollen Ökonomin, über die noch diskutiert wird (Vorschläge willkommen!!!). Des weiteren wird selbstverständlich eine stärkere Vertretung von Frauen in der Lehre ersehnt; da dies jedoch voraussichtlich in den nächsten Semestern ein fruchtloses Sehnen bleiben wird, ist es ein primäres Ziel, die Mathematik und Statistik Tutorien im ersten Abschnitt mit Frauen zu besetzen. Interessentinnen sollten sich in Bälde ans ISDS wenden, es winkt für einen Studentenjob überdurchschnittlicher Verdienst und die Rückerstattung der Studiengebühren, notwendige Qualifikationen sind gute Mathe bzw. Statistiknoten - bei weiteren Fragen, steht wie immer die StrV&/der RBK mit Rat und Tat zur Seite.

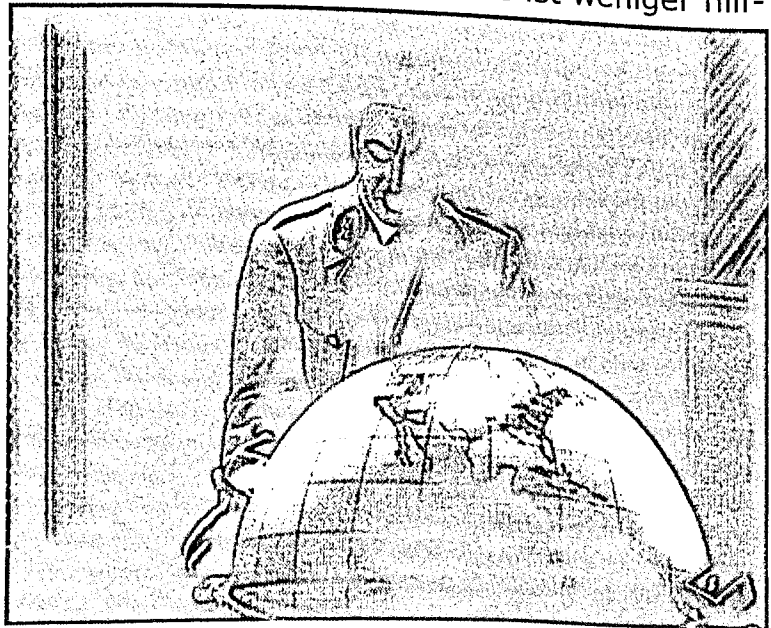
Mögliche weitere Aktionen könnten von mentoring - ähnlichen Programmen bis zum totalen Umsturz reichen - etwaige dem Thema Zugeneigte sind herzlich willkommen den regelmäßig stattfindenden Arbeitskreissitzungen beizuwohnen und dort regen Gedankenaustausch / Umsturz

zu betreiben.

Die Verfasser hoffen inständig, in der nächsten Ausgabe dieses Druckwerks erste Ergebnisse ihres Tuns und Schaffens den Lesenden mit Stolz geschwellter Brust präsentieren zu können.

Tanz den Mussolini!

Wie sollen Märkte oder ganze Volkswirtschaften organisiert werden? Pures laissez-faire oder doch lieber eine Portion Planwirtschaft? "Es ist alles sehr kompliziert", so oder ähnlich könnten die Herren Djankov, Glaeser, La Porta, Lopez-de-Silanes und Shleifer vom National Bureau of Economic Research (NBER), darauf antworten und das ist weniger hilf-

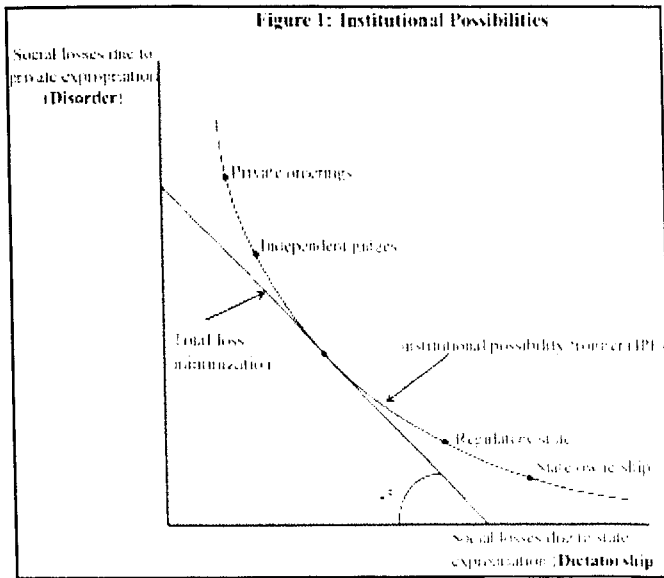


los als es vielleicht jetzt klingt.

Diese Leute haben ein schönes Modell zum Thema "The New Comparative Economics" gebastelt, einer Sparte, die sich ursprünglich mit Effizienzvergleichen zwischen Plan und Markt beschäftigte, nach dem Zerfall der Sowjetunion jedoch nur mehr mit der Effizienz verschiedener kapitalistischer Institutionen im Bezug auf Ressourcenallokation, darauf wie sie Konflikte austragen oder Eigentumsrechte

schützen.

Egal, wie Gesellschaften diesen Aufgaben begegnen, die Abwägungen bleiben die



gleichen: Wie viel Macht oder Kontrolle aufgeben für ein bestimmtes Maß an Freiheit, beziehungsweise welches Maß an Überwachung wird akzeptiert um Unordnung zu beseitigen. Obwohl im Folgenden die Terminologie auf ganze Märkte oder Staaten ausgelegt ist, kann die Analyse auch problemlos für Principal-Agent-Probleme auf Mikroebene verwendet werden. Im NBER-Paper ist vom "conflict between the twin goals of controlling disorder and dictatorship" die Rede, also der Kontrolle unredlichen Verhaltens von Privaten auf der einen Seite und dem Machtmissbrauch durch den Staat andererseits. Beispiele für solche Risiken können Kartelle oder Diebstahl beziehungsweise Enteignung oder Folter sein, wobei auch Mischformen beider Arten der Ausbeutung, wie etwa Korruption möglich sind.

Jede Gesellschaft will sowohl die Kosten aus zuviel Machtausübung als auch jene, die aus anarchischen Zuständen resultieren, möglichst gering halten. Gesparte Anarchiekosten werden immer gerne 1:1 gegen gesparte Diktaturkosten ausgetauscht, verhalten sich folglich zueinander wie perfekte Substitute. Das wirklich Interessante an diesem Modell ist zur Abwechslung die

manchmal stiefmütterlich behandelte Budgetmenge.

Wie in Fig.1 angedeutet, ist diese Menge der möglichen Kombinationen aus Diktaturkosten und Anarchiekosten typischerweise konvex und nach unten beschränkt. Dieser untere Rand ist quasi die Budgetkurve und wird "Institutional Possibility Frontier (IPF)" genannt. Institutionen, die sich oberhalb der IPF befinden, könnten zusätzlich Diktaturkosten einsparen ohne dafür mehr Anarchie in Kauf nehmen zu müssen. Systeme sollten also am Rand liegen, und zwar optimalerweise genau an der Stelle, wo die linearen minimalen sozialen Kosten gerade die IPF berühren. Die EntscheidungsträgerInnen können, wie hier am Beispiel der Marktordnung illustriert, durch Wahl ihrer Instrumente entscheiden, ob sie, sich eher auf das freie Spiel privater Kräfte (coasian bargaining) verlassen, die Möglichkeit eines übergeordneten juristischen Schiedsgerichts bieten, den Markt mittels staatlicher Behörden überwachen oder die Firmen als letzte Maßnahme verstaatlichen.

Warum machen dann nicht alle eine Mischung aus staatlichen Behörden und unabhängigen Gerichten, wie die Grafik vorschlägt?

Um diese Frage zu beantworten, haben sich die Autoren konkrete Beispiele ausge-



sucht. Welche drei, die bewertet werden können, ohne dass mensch Schimpfe zu befürchten hat, fallen uns da unweigerlich ein? Richtig, 1.)Tote Franzosen, 2.)Die Familie Jelzin und 3.)Ex(il)-Diktatoren.

Ad 1.): Schauplatz Europa, 12. und 13.

Jahrhundert: Frankreich mit seinen damals föderalen Strukturen und mächtigen Provinzfürsten. Im Gegensatz dazu England, wo der König von London aus nach dem Rechten sah und eigentlich alles in geregelten Bahnen ablief. Beide Staaten reformierten zur gleichen Zeit ihr Rechtssystem, kamen aber zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Die zahlreichen Kriege ließen einige Warlords in den französischen Provinzen zu großem Einfluss kommen, die bereicherten sich dann auf Kosten Schwächerer, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Nachdem die Wahrscheinlichkeit vom König ausgebeutet zu werden aber in beiden Ländern gleich war, hatte Frankreich einen komparativen Vorteil in der Effektivität diktatorischer Maßnahmen. Wie mensch in Fig.2 sieht, wird



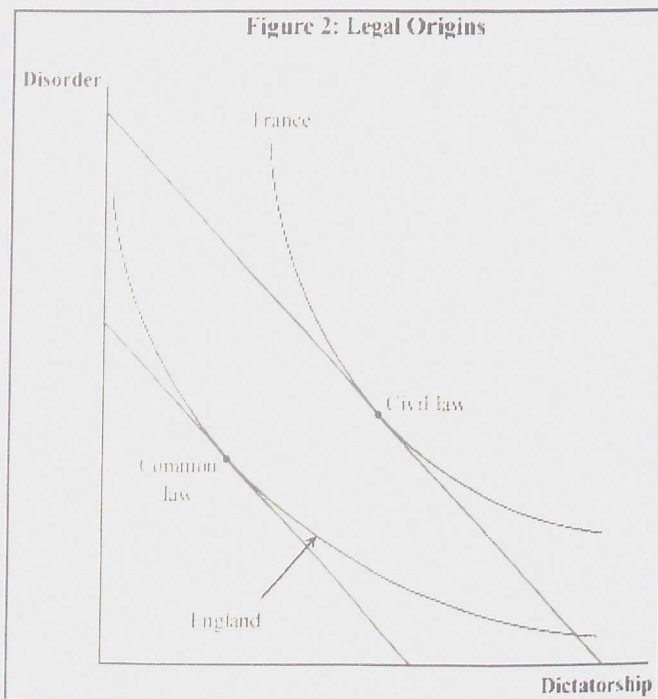
sche Rechtssystem (Common law), angesichts des geringeren Risikos der Bestechung und Einschüchterung die Richter dezentral und unabhängig entscheiden.

Die Franzosen hatten also im 13. Jahrhundert eine schiefe IPF und nebenbei, wie in Fig.2 dargestellt, auch eine weiter vom Ursprung entfernte. Zusätzlich zum Nachteil, dass im französischen Modell mit zunehmender Unordnung die sozialen Kosten je Einheit stark anstiegen, hatten sie auch noch das Pech, dass sie auch bei probaten Maßnahmen schlechter dastanden als die Engländer.

Die Lage der IPF hängt nämlich vom civic capital einer Gesellschaft ab, einem Begriff, der neben dem klassischen sozialen Kapital auch die Kultur, ethnische Heterogenität und die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen umfasst. Kurz- und mittelfristig können die Gesellschaften wenig gegen zu geringes Civic Capital unternehmen, und Staaten wie das Frankreich des 12. Jahrhunderts oder das heutige Albanien müssen längere Zeit mit ihrer unvorteilhaften IPF leben, während sich das heutige Schweden erlauben kann, "[to] pursue either extreme laissez-faire policies or experiment with socialism and still achieve decent outcomes".

Ad 2.): Die Länder des ehemaligen Warschauer Pakts vor 1990: Die kommunistische Partei bestimmt zumindestens pro forma alle Aktivitäten. Diese Ordnung wurde zwar auf Kosten persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Freiheit aufrechterhalten, funktionierte aber trotzdem

Figure 2: Legal Origins



Frankreichs IPF relativ steiler, die sozialen Kosten stiegen also schneller, je mehr privater Machtmissbrauch zugelassen wurde, diktatorischer Maßnahmen waren effektiver. Daraus ist dann später das kontinentale, römische Rechtssystem hervorgegangen (Civil law), das die Richter und deren Entscheidungen unter Staatsaufsicht stellt und nach strengen Kodizes und Automatismen operiert. Im Gegensatz dazu lässt das angloamerikani-

irgendwie.

Nach 1990 brachen in Russland diese Mechanismen zusammen und machten Platz für ein ultraliberales Wirtschaftssystem. In einem Klima ökonomischer Desorganisation mit einer Schattenwirtschaft die 40% des BIP ausmachte, entstand bald eine neue einflussreiche Unternehmerschicht, Budget und Rechtsaat wurden von den erstarkten Provinzen unterminiert. Lokale Politiker ebenso wie Oligarchen rangen der durch die drohende Wahlniederlage in die Defensive geratenen Regierung Jelzin zahlreiche Zugeständnisse ab und schwächten die Institutionen strategisch um ihre Renten zu maximieren.

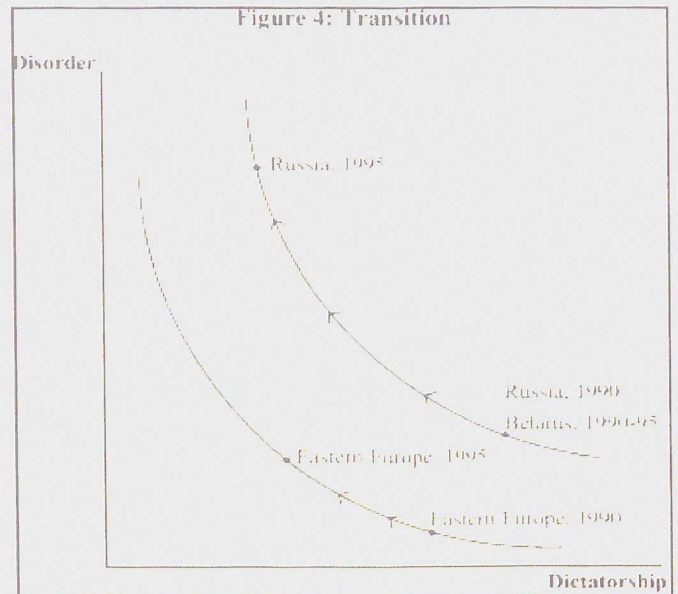
Im Vergleich dazu zeigt sich, dass das BIP-Wachstum in Weißrussland als Beispiel für einen "Non-Reformer" wo die sozialistische in eine Art Privatdiktatur übergegangen war, in der ersten Hälfte der Neunziger stagnierte, während die russischen Wirtschaft kollabierte. Obwohl der Vergleich mit den Mittel- und osteuro-



päischen Ländern, zumal deren IPF durch deren mildere Form des Sozialismus schon zur Wende näher am Ursprung lag, etwas problematisch ist, kann deren starkes Wachstum zum Teil auf ein stetiges Hinbewegen entlang der IPF zum institutionellen Optimum zurückgeführt werden (vgl. Fig.4).

Ad 3.) Peru: Vor gar nicht allzu langer Zeit

wurde das Land noch von Alberto "Futschikato" Fujimori totalitär beherrscht. Sein Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos war einer der Hauptakteure in einer totalitären



Maschinerie, ließ sich bestechen, tauschte Gefallen mit Politikern, Richtern und den Medien aus. Montesinos, ein genauer und fleißiger Mensch, nahm alle Gespräche auf Band auf, dokumentierte seine Transaktionen feinsäuberlich und ließ vor seiner Flucht glücklicherweise alles liegen und stehen. Vor Fujimoris Diktatur drohte Peru im wirtschaftlichen und politischen Chaos zu versinken, mit ihm kam dann ökonomisches Wachstum. Nachdem sein brutales Regime dem demokratischen Druck nicht mehr standhalten konnte, befreite sich Peru selbst, musste aber in weiterer Folge mit zunehmendem Chaos fertig werden.

Wer bis hierhin durchgehalten hat, wird vielleicht unzufrieden sein, weil wichtige moralische und normative Fragen offen geblieben sind. Gibt es irgendeine Form von Effizienz, die extreme Regime, ein ultraliberales Vakuum oder Diktatur rechtfertigt? Dieses Papier beantwortet diese Frage nicht befriedigend. Die Verfasser geben sich keine Blöße, bleiben pragmatisch und fassen zusammen: "The general point is that economic and social change in each country should be considered in light of its own institutional possibilities,

rather than some idealized view of a rich capitalist democracy".

Was bleibt, ist das praktische Werkzeug IPF, das auch in komplizierten Fällen schnell ausgepackt werden kann und auch die Erkenntnis, dass zumindest zwei Arten von Ineffizienz auftreten können: Einerseits eine Institutionenwahl, die bei einem gegebenen Mix aus Diktatur und Anarchie nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, die sozialen Kosten zu minimieren, sich also nicht am Rand befindet. Zweitens, sie liegt zwar an einem Punkt auf der IPF, schneidet aber die minimalen Kosten nicht. Ein Vorschlag für eine weitere Ineffizienz: Vor etwas mehr als einem Jahr war der Irak ziemlich weit rechts in unserem Diagramm, kaum effizient im Sinne minimaler sozialer Kosten unterwegs. Nehmen wir nun an, dass die neue Verwaltung den effizienten Mix gefunden und umgesetzt hat. Trotzdem wird es Leute geben, die nicht unterschreiben würden, dass die sozialen Kosten der Gesamtbevölkerung nun absolut geringer sind als vorher. Es sieht so aus, als könne eine Verwaltung allein durch ihre

ge Persönlichkeit hervorgebracht, warum nicht auch einmal eine Diktatorin, einen multinationalen Konzernchef o.ä.? Wenn gerade Du so eine komplizierte Aufgabe übernehmen solltest, besorg dir prophylaktisch das Originalpaper aus 2002 unter:

http://iicg.som.yale.edu/working_papers/

Von Hauptstadt zu Hauptstadt - wie Mensch als Berliner Wien erlebt

"Das schönste an Wien ist der Zug nach Berlin": mit diesem Spruch (auf wienerisch ausgesprochen) wurde ich die letzten Tage vor meiner Abreise nach Wien von einem Freund aufgezoogen. Eine Melange aus Neid und Überheblichkeit schwang da mit, was meine Vorfreude auf mein Auslandsstudiensemester natürlich nicht trüben konnte. Es hatte eine ganze Weile gedauert, bis ich mich dazu durchgerungen habe, für ein halbes Jahr alles zurückzulassen, um mal etwas (nicht) ganz anderes an einem ganz anderen Ort zu machen.

Warum geht mensch überhaupt zum studieren ins Ausland? Hier meine persönliche (unsortierte) Liste der Begründungen:

- Ich will endlich mal weg!
- Alle erzählen ständig, wie geil es in XY war
- Nur wer sich bewegt, bewegt etwas
- Selbsterfahrungstrip: Nosce te ipsum
- Macht sich gut im Lebenslauf
- Bevor ich mit dem Diplom irgendwo 9-to-5 arbeite, möchte ich noch mal was erleben
- Neue Leute kennen lernen
- Gibt es ein Leben jenseits Berlins?

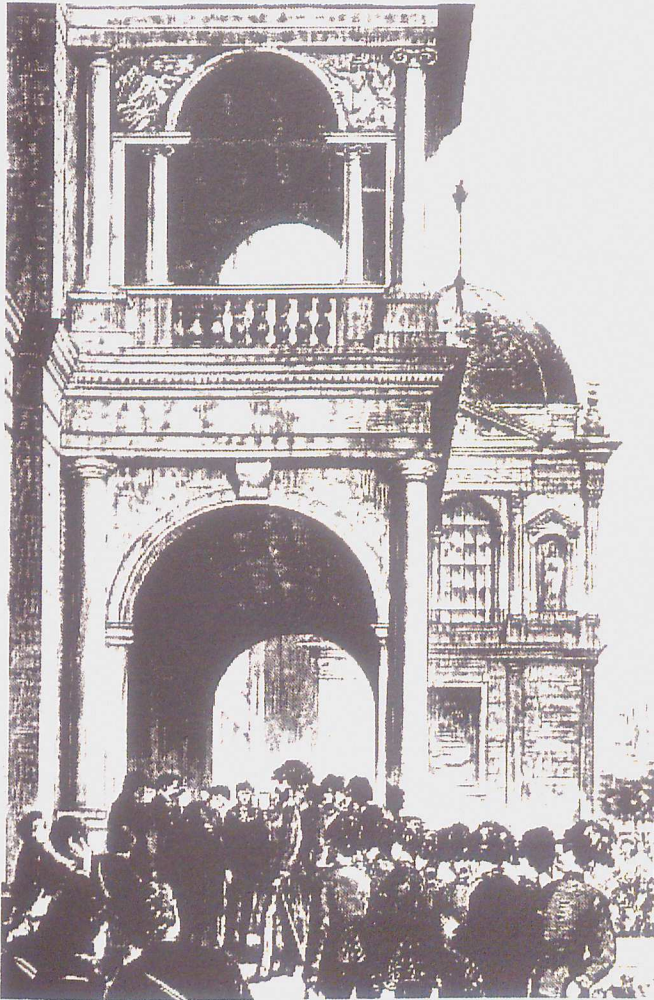


Anwesenheit die IPF nach außen verschieben. Edle Absichten, ein diktatorisches durch ein demokratisches System zu ersetzen, können unerwartet teuer werden, wenn mensch vergisst, dass Vieles doch sehr kompliziert ist.

Unser Institut hat schon so manch honori-

- Andere Uni, Vorlesungen, StudentInnen, ProfessorInnen kennen lernen

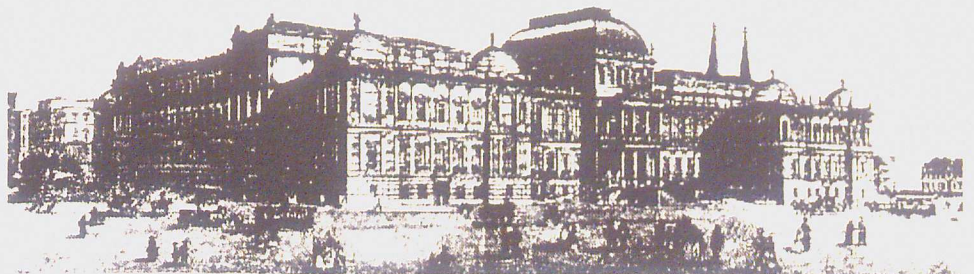
Was ist anders an der Uni? Nun ja, es ist
Was ist anders an der Uni? Nun ja, es ist-
teilweise anspruchsvoller, besonders, was
den ersten Abschnitt angeht. Das gemein-



same Grundstudium mit den BWLern bei uns, hat den Lehrplan etwas verwässert. Einige VWL-nahe Bereiche der BWL, wie Finanzwirtschaft sind bei uns besser vertreten.

Die Veranstaltungen sind alle klein im Vergleich zu einer Durchschnitts-100-Leute Vorlesung an der Freien Universität Berlin. Da ich normalerweise immer zum studieren raus ins Bonzenviertel in einem Randbezirk Berlins muss, bin sehr glücklich über die zentrale Lage der Hauptuni, das BWZ habe ich in meinem Stundenplan großzügig ausgespart.

Was habe ich über Österreich gelernt? Zwei Geschichten bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland sind mir jetzt schon mehrmals hier zu Ohren gekommen. Das Erste ist, dass Österreicher einen Minderwertigkeitskomplex wegen Deutschland hätten. Neben möglicher geographischer, wirtschaftlicher, touristischer und historischer Aspekte ist wohl die naheliegendste Begründung: der Fußball! Okay, der ist schon grotten-schlecht, aber immerhin habt ihr die besten Skifahrer und das ist doch schon was. Zum Thema Größe fällt mir noch ein Spruch ein: It's not the size of the ship; it's the motion of the ocean. Das Andere ist, dass mensch die Deutschen an sich nicht so mag (s. erster Punkt), aber für die Berliner Sympathie hegt. Das kann ich mir eigentlich nur wegen der humorigen Art beider erklären, bei uns ist das die Berliner Schnauze: frech, aber herzlich. Die Wiener Schmäh ist hier etwas subtiler. Da ich aus einem Land komme, wo mensch das Jammern und den Pessimismus zelebriert, habe ich hier erfreulicherweise eine (selbst-)zufriedenere Haltung der Leute wahrgenommen. In der Berliner U-Bahn bekommt mensch selbst als Frohnatur kleine Depressionen bei so viel niedergeschlagenen Gesichtern. Trotzdem gibt es hier Abzüge in der B-Note, wegen der einigermaßen unfreundlichen Verkäufer, Kellner, Beamten, etc. Eine der heftigsten Überraschungen, die ich hier erlebt habe, ist die Sprache. Mir war nicht klar, dass eine bedeutende Anzahl von eigenen Wörtern



verwendet wird, die ich noch nie gehört habe. Besonders auffällig ist das bei fast allen Obst- oder Gemüsesorten, wieso auch immer. Ich hatte immer gedacht, der

einzigste Unterschied wäre die Aussprache. Die häufig gestellte Frage, warum ich nicht in ein fremdsprachiges Land studieren gegangen bin relativiert sich damit, finde ich jedenfalls.

Was ist neu in Wien, was fehlt von Berlin? Neu für mich ist vor allem, dass Wien ein Gesicht hat. Berlin ist voller Narben, Brüchen und Bausünden - ein Gesicht ist kaum erkennbar, nur Fragmente. Die relative Kompaktheit der Stadt ist auch sehr angenehm. In der Spreestadt gibt es mindestens drei Zentren. Als Tourist fällt mensch sein Lot am Brandenburger Tor, weil mensch ansonsten gleich einpacken und heimfahren kann. Die Einteilung der Stadt mit Ring und Gürtel ist idiotensicher, Wien ist super mit Fahrrad erschließbar. Sehr gut gefällt mir die Kneipenszene, die ist doch sehr abwechslungsreich (bis jetzt fand ich das Rhiz und das Schikaneder am besten). Was die Clubszene angeht denke ich, ist Berlin besser. Dafür sind hier auf den Studentenparties wirklich Studenten und nicht Schüler, wie bei uns.

Worum beneide ich die Wiener eigentlich oder auch nicht? Nicht beneiden tue ich das Nachtnetz der Öffentlichen, kaum jemand geht am Wochenende nur bis halb Eins aus und danach ist mensch aufgeschmissen. Dieser Missstand wird durch die moderaten Taxipreise wieder etwas ausgeglichen. Außerdem bin ich eh die meiste Zeit mit dem Rad unterwegs. Der deutsche Hauptstädter erfreut sich des 15-Minutentakts seines U-Bahnnetzes die ganze Nacht hindurch. Die Kompaktheit Wiens ist auch ein Neidpunkt. Als ich früher noch in der City von Berlin-West gewohnt habe, hatte es nachts manchmal 1,5h bis nach Hause gebraucht. Im Grunde hatte mensch da sein Rausch fast ausgeschlafen. Sowieso sind in Berlin (fast) alle Wege lang,

ein Punkt über den sich jeder Zugezogene immer wieder beschwert.

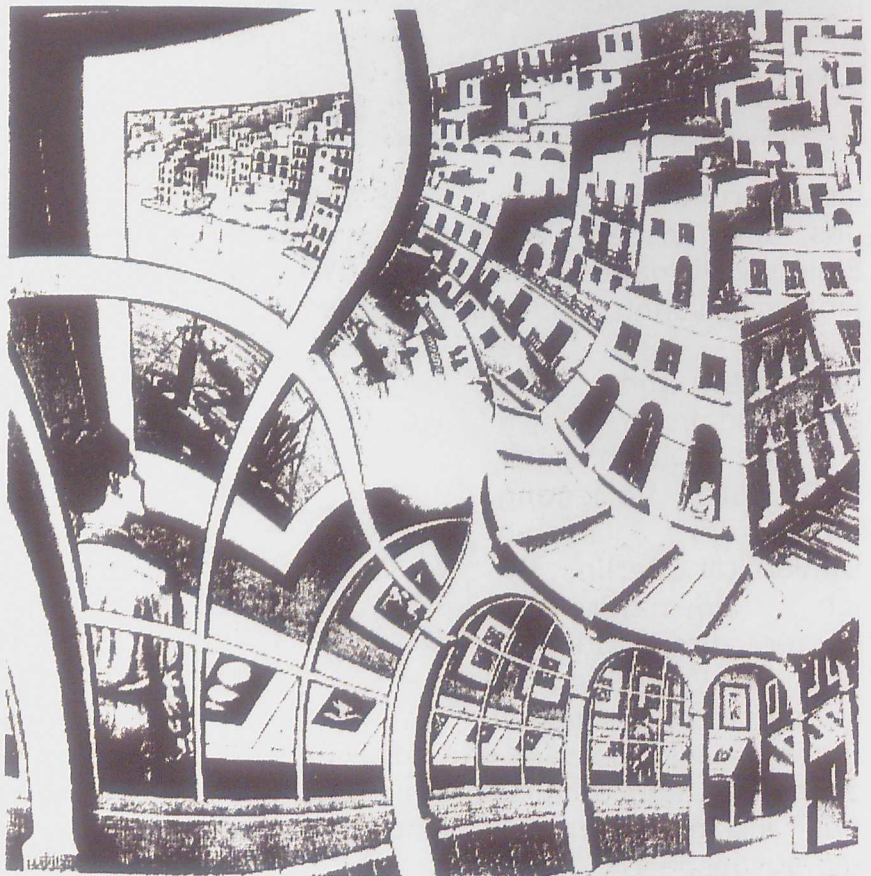
Das war kurz und knapp mein Bericht. Die unterschwellige Botschaft dieses Textes war übrigens, dass es mir hier sehr gut gefällt.

Ökonomie und die wirkliche Welt

The map is not the territory.
Alfred Korzybski

Wohlfahrtstheorie

Es scheint tabu zu sein, Ökonomie mit Moralphilosophie zu verbinden, zumindest in praxisnahen Bereichen. Zurück geht das auf die allseits bekannten Angriffe auf interpersonelle Nutzenvergleiche. Da das





völlige Ausmerzen normativer Fragen jedoch die Möglichkeit nehmen würde die Masse der "Sollen wir das jetzt machen?"-Studien anzureichern, wurde ein Ersatz für moderne Moralphilosophie gefunden: Schlechte Moralphilosophie. Das wohl verbreitetste Mittel um implizite, gut versteckte Wohlfahrtsvergleiche zu tätigen ist das Kaldor-Hickskriterium. Das Prinzip sagt im Wesentlichen dass ein Zustand nicht schlechter ist als ein anderer, solange Kompensationszahlungen alle VerliererInnen entschädigen würden. Kurzes Nachdenken verrät dass dieses Prinzip eine moralische Perversion darstellt. Wie Sen[1] ganz richtig bemerkt: "The losers could include the worst off and the most miserable in the society, and it is little consolation to be told that it is possible to compensate them fully, but ('good God!') no plan to actually do so." Das Ganze hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Paretoeffizienz, aber kein Argument für letzteres gilt für ersteres. Mensch denkt vielleicht dass das

Prinzip technokratischer Weise aufgrund von formaler Eleganz angewendet wird. Nix da! Die von dem Kriterium gelieferte "Ordnung" ist nicht einmal transitiv ([2]). Es kann hier wohl nicht geklärt werden warum das Prinzip jemals verwendet wurde, aber es ist nie zu spät um sich zu bessern.

Preisliberalisierung

Es gibt in der ökonomischen Zunft Menschen, für die Rationierung (zum Beispiel Arbeitslosigkeit) das selbe ist wie fehlende Preisflexibilität. Das Argument geht in etwa so: In einem Walras-GGW gibt es keine Übernachfrage und kein Überangebot¹ und wenn die Preise nicht den Gleichgewichtspreisen entsprechen muß wohl irgendein bössartiger Bürokrat sie daran hindern, schließlich gibt es viele gier...ähm...viele produktive Arbitrageure. Leider, wie so viele schwammige Ideen ökonomischer Intuition, funktioniert das Ganze nicht so leicht. Wie Franklin Fisher in [3] richtig bemerkt "one must not confuse the fact that the economy will move away from positions that are not equilibria with the much deeper and unproven proposition that the economy always converges to equilibrium (let alone the propositions that it spends most of its time near equilibrium)"². Überhaupt ist

¹Freie Güter seien hier einmal ignoriert.

²Auch die so genannten Austrian economists, die gerne auf der statischen Natur der Neoklassik herumreiten, scheinen das nicht überissen zu haben. Siehe z. Bsp.: [4] als abschreckendes Beispiel.



Marktdynamik ein recht kompliziertes Gebiet, wenn mensch sich vom "equilibrium always"-Mantra verabschiedet. Mit vollständigen Futures-Märkten gibt es so etwas wie "manchmal im Gleichgewicht" nicht, Markträumung heißt Markträumung für immer und ewig. Folglich sind dynamische Modelle, die explizit das Fehlen von Markträumung erlauben, eher kompliziert. Wenn außerhalb eines Gleichgewichts gehandelt, wird verteilt der Marktprozess selbst um, falls der Prozess konvergiert, wird er nicht zu dem Gleichgewicht konvergieren der der anfänglichen Anfangsausstattung entspricht. Verteilungen, die aufgrund des zweiten Wohlfahrtssatzes, oder den envy-free-Eigenschaften des "Marktes" sonst implementierbar wären würden höchstwahrscheinlich nicht erreicht. Es wäre angenehm, wenn die Zunft in der Öffentlichkeit nicht am lautesten zu dem Thema spricht dass am wenigsten bekannt ist: Die Wirkung von Preisliberalisierung. Es lassen sich durchaus auch plausible makroökonomische Modelle basteln, in denen flexible Preise ein Übel sind ([5]).

Dezentralisierung

Nachdem die Weisheit des Marktes in Sachen Preisfindung schon in Frage gestellt worden ist, stellt sich die Frage warum die Preise so wichtig sind. Trotz der in einführenden Lehrbüchern kundgetanen Plattitüde, dass Preise so ziemlich alles im Wirtschaftsleben regeln gibt es so esoterische Sachen wie "Marktforschung". Auch ein Rückzug in die reine Theorie hilft nicht weiter. Bekanntlich sind Nachfragekorrespondenzen keine Nachfragefunktionen, solange mensch nicht strikte Konvexität der Präferenzen annimmt.³ Gleichgewichtspreise stellen damit noch nicht sicher dass es zu einem Gleichgewicht kommt. Wie Hildenbrand und Kirman in ihrem lesenswerten Lehrbuch im Kontext einer Tauschwirtschaft schreiben: "An equi-

³Solange Konvexität alleine reicht hilft pure Masse oft, Aggregate sind oft "konvexer". Eine informelle und lesbare Diskussion des Themas findet sich in [7].

brium defined in this way is not really decentralized since nothing guarantees that individuals will choose precisely those bundles in their individual net trade set $Z(a,p)$ which will sum up to 0. Although our definition of equilibrium requires only that there should be individual plans compatible with each other, why should individuals choose these particular plans, amongst those that are available?" [6]



Noch schlimmer wird das Ganze wenn Produktion eingeführt wird. Wie wir alle in Mikro I gelernt haben, ist in einem Sektor mit konstanten Skalenerträgen der Output, sofern er im Gleichgewicht positiv ist, nicht einmal beschränkt, sofern er nur profitmaximierend sein soll.

Literatur:

- [1] Sen, A. *Ethics and Economics* 1988
- [2] Gorman, W. *The intransitivity of certain criteria used in welfare economics* Oxf. Econ. P.7, 1955

- [3] Fisher, F. *Disequilibrium and Stability* in F.Hahn et al *General Equilibrium* 2003
- [4] Kirzner, I. *How Markets Work* 1997
- [5] Hahn, F. und Solow, R. *A Critical Essay on Modern Macroeconomic Theory* 1995
- [6] Hildenbrand, W. und Kirman, A. *Equilibrium Analysis* 1988
- [7] Farrell M. *The convexity assumption in the theory of competitive markets* JPE 75, 1959

Demokratie in der Krise?

Schwindende Wahlbeteiligungen und Desinteresse an der Politik im Allgemeinen. Das war doch jetzt überall in äußerst erschrockenem Tonfall zu vernehmen. Wie kann denn das sein? Will denn niemand mehr mitbestimmen? Alles ganz schrecklich. Es stellt sich also die Frage, wie lange das mit der Demokratie noch gut geht...

Was sein könnte

Immer wird das dann mit dem schönen Wetter, oder der "Tatsache" dass die Leute eben nicht reif für die Demokratie seien begründet. Kann ja sein. Aber die Krux könnte ja auch darin bestehen, dass sich das "Volk" ja wirklich fragt worin denn nun seine Macht besteht in dieser "Demokratie".

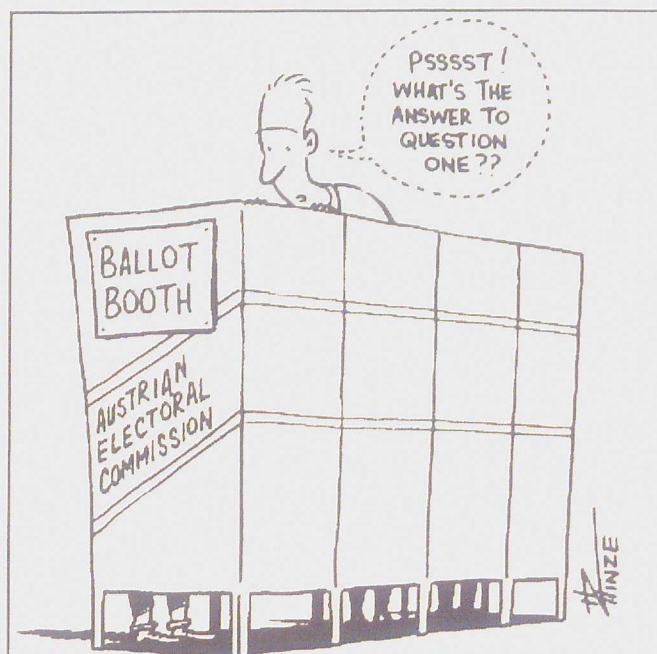
Eine schöne Betrachtungsweise ist ja die, derzufolge der politische Prozess und insbesondere Wahlen in einer Demokratie so eine Art Entscheidungsfindungsprozess sind und ist in denen jedes einzelne wahlberechtigte Individuum berechtigt ist so seinen Senf zum politischen Geschehen dazuzugeben und zu äußern, was ihrer Meinung nach in den nächsten vier, respektive sechs Jahren so passieren soll. Weiters wäre dann das Auszählungsverfahren als Aggregierungsmethode zu sehen aus der dann hervorgeht was "die Leute" so wollen.

Zugegeben noch naiver dann die Idee, dass es möglich ist diverse Menschen zu wählen, die für Ideen stehen und, falls

gewählt, diese dann in der gesetzgebenden Instanz vertreten. Und so wird in den nächsten vier Jahren das gemacht was viele gut finden. Weiter ginge diese Utopie dann so, dass es doch idealerweise auch möglich sein sollte (auch wenn ich nicht sage, dass ich diese Individuen automatisch sympathisch finde) gleichzeitig christlich-katholisch und für Umwelt zu sein und die ÖBB trotzdem in Staatsbesitz lustiger zu finden, oder für EU aber gegen den Euro zu sein oder was weiß ich.

Was ist

Ist es aber alles nicht. Im Gegenteil, aus die Zeiten als es noch 5 Parlamentsparteien gab, vermutlich ist eher die 2-Alternativen-Wahl, die wir am 25. April hatten, die Zukunft. Allgemein gibt es zwei Blöcke, die Rechten und die Linken und alle haben gleich ein ganzes Programm. Nur EINE Maßnahme oder ein Maßnahmenmodul kann mensch sowieso nicht wählen: Alles oder nichts. Außerdem kommt die Regierung ja immer gleich von den Koalitionsparteien und mensch muss deshalb immer gleich regierende Personen mit den Programmen mitwählen, auch wenn die die Sache gar nicht so gut machen würden. Und was nimmst Du dann: fade Ideen aber passable Leute, oder Zukunftsweisendes, wo die Leute politisch wenig draufhaben?



Beispiel "mehr Bildung", "mehr Industrie" oder "mehr Kanninchenfarmen". Dann wählt mensch einerseits aus Parteien und andererseits aus brennenden Anliegen der Zeit aus und die Anliegen-Abgeordneten konzentrieren sich nur auf ihre Idee und beleuchten jedes Gesetz unter diesem Gesichtspunkt.

Es gibt natürlich noch hunderttausend andere Möglichkeiten aber nachdem ich mir ja jetzt schon den Vorwurf machen lassen muss, konstruktiv zu kritisieren, höre ich lieber an dieser Stelle auf und verweise nur noch darauf, dass derartige Kritik eh' nicht ernst genommen wird.

Fazit

Hier wird nicht gegen Demokratie Stellung bezogen, sondern gegen "Demokratie". Wenn wir wählen gehen, werden wir, meiner Meinung nach, vor "Alternativen" gestellt, die einen zu geringen Unterschied machen, als dass ich ihn bemerken könnte; oder, es ist nicht mehr möglich in einer Wahl die eigene Meinung kundzutun. Gläubige ChristInnen können nicht für Umweltanliegen sein, wenn ich gegen die etablierten Eigentumsverhältnisse bin muss ich KPÖ wählen. Der Staat wird sowieso aus dem Wirtschaftsleben zurückgedrängt, da kann ich wählen wen ich will. Jedes Anliegen ist automatisch mit einem Weltbild verknüpft und dass jede/r auf sich selbst schauen wird müssen, scheint "Konsens" zu sein. Fast zynisch, dass die sich wundern, dass Wahlen nicht interessieren.

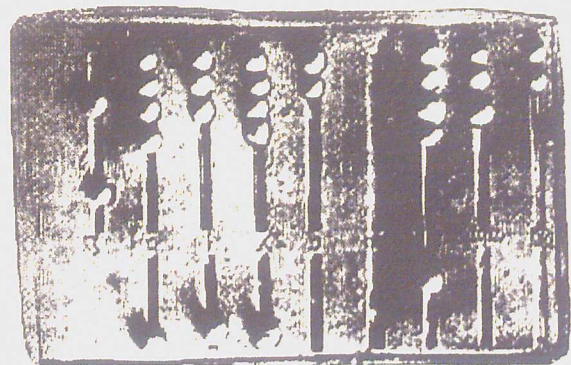


$$X^* = \operatorname{argmax} U(x) \\ \text{sub } p_x = p_w$$

War das schon alles?

Die Neoklassik ist politisch neutral? Mathematisierung macht ideologische Annahmen explizit? In der Hohenstaufengasse wird objektive wertfreie Wissenschaft betrieben?

Oder vielleicht doch nicht? Der folgende Artikel soll ein paar kritische, unstrukturierte

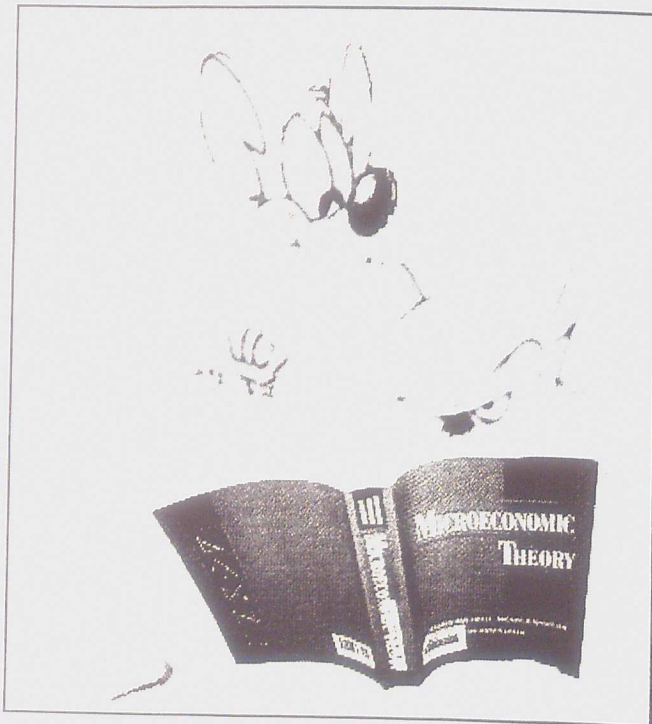


rierte Kommentare etwas unzufriedener VWL Studierender platzieren, die keinen Anspruch auf fundierte Grundlagenkritik erheben, wohl aber die derzeitige Ausrichtung der Lehre an unserem Institut hinterfragen.

Studieren wir nur VWL um First-Order Conditions zu berechnen und die mathematischen Werkzeuge für die Modellbildung zu lernen oder hatten wir nicht mal den Anspruch, mit dem Wissen aus diesem Studium die Welt zu verbessern?

Die politische Bedeutung des Treibens der VolkswirtlerInnen wird sich aber wohl kaum eröffnen, solange der/die durchschnittliche Lehrende sich weigert, die Implikationen seiner/ihrer Vortragsinhalte offen zu legen. Wir fordern nicht unbedingt eine individuelle politische Positionierung, sondern vielmehr eine Offenlegung des ideologischen Gehaltes ökonomischer Forschung durch explizit Machen der jeweiligen politischen

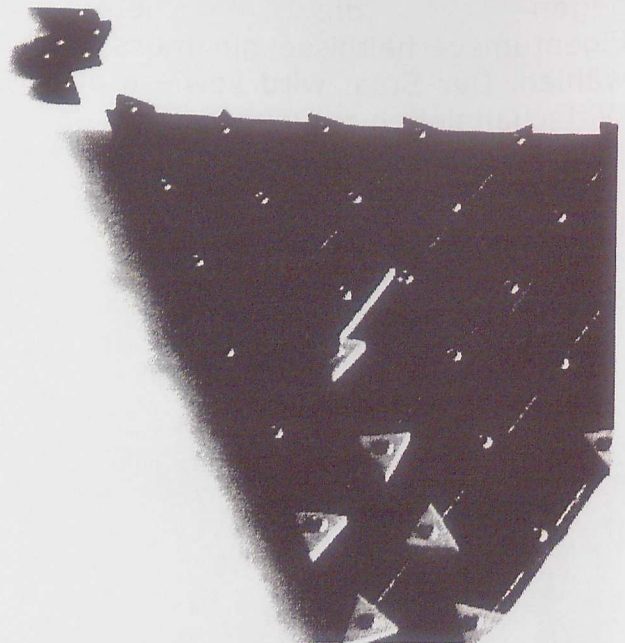
Vorentscheidungen des Modellbastlers und der realen Konsequenzen der Modelle. Denn ein solcher ideologischer Gehalt ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorhanden! Es scheinen hier zwei Seiten einer Medaille vorzu-



liegen: Auf deren einer stehen gelegentlich elfenbeinturmhaft anmutende TheoretikerInnen, die sich unter Berufung auf die Wissenschaftlichkeit ihrer Diskurse weigern, ihre ach so wertfreie Theorie in Zusammenhang mit der Realität zu bringen. Mit Füßen in die entgegengesetzte Richtung gestreckt stehen PraktikerInnen auf der anderen Seite der Medaille (außerhalb der Uni - so was gibt's auch!). Auf Basis der vis-à-vis produzierten Theorie können sie sich als ExpertInnen dazu berufen fühlen, und sind wohl auch oft dazu gezwungen, unter waghalsigen Übertragungen und unbegründbaren Annahmen die versteckte Ideologie zu manifester Politik werden zu lassen. Um diese diabolische Zweifaltigkeit der heimlichen IdeologInnen aufzubrechen scheint es uns sinnvoll die Behandlung von Modellen in ihren theoriegeschichtlichen und wirtschaftshistorischen Entstehungskontext zu stellen - so schon gesehen auf ausländischen Unis. Dies könnte helfen die Illusion einer übermäßigen Wissenschaftlichkeit zu überwinden und unsere Füße wieder auf irdischen

Böden wandeln zu lassen. Jede/r etwas in die Volkswirtschaftslehre eingedrungene/r weiß, dass geschickte ModellbastlerInnen mit ein paar Bausteinen aus ihrem theoretischen Bastelkoffer nahezu beliebige Resultate erzielen können, und damit letztlich sehr wenig bewiesen scheint!

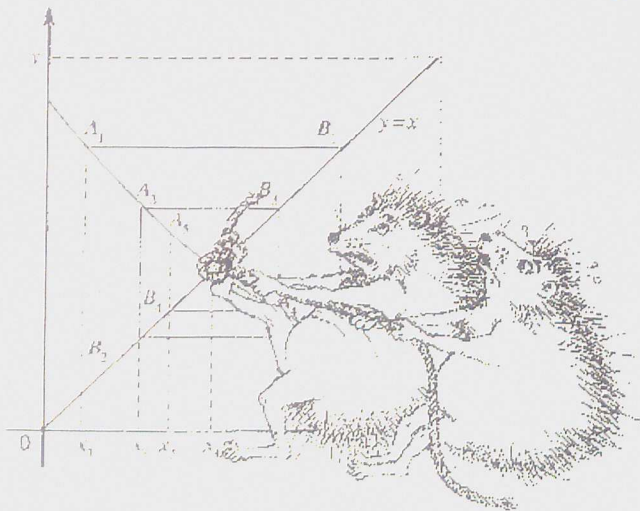
All dem wird auch nicht abhelfen, sich hinter die vielen undurchdringlich scheinende intellektuelle Mauer des neuen Lateins - vulgo Mathematisierung - zurückzuziehen. Denn die Mathematik mag eine andere Sprache sein, in der mensch oft dieselben Dinge ausdrücken kann, manchmal vielleicht sogar etwas präziser. Allerdings zeugt es nicht unbedingt von intellektueller Ehrlichkeit, sich vor Kritik abzuschirmen, indem mensch simple Sachverhalte auf eine komplizierte und für Außenstehende oft unverständliche Weise ausdrückt. Der Fetischismus der Sprache (der Rechnerei) verschleiert wohl vielfach die Problematik der Annahmen, der nicht berücksichtigten (auf diese Weise nicht berücksichtgbaren?) Aspekte und der unsinnigen Weltkonstruktionen!!! Und so leiden (noch) idealistische, junge



NeoVolkswirtInnen die Jahre ihres Studiums unter dem nahezu vollständigen Fehlen der Schulung ökonomischer Intuition und der Beschäftigung mit der Realität.

Narratives und Behandlung mit ökonomischen Fakten scheinen uns jedoch zumin-

steckt, und sonst nichts gesagt wird, können wir messerscharf schließen dass die Mathematik selbst schon tief ideologisiert ist und einige Leichen im Keller verbirgt.

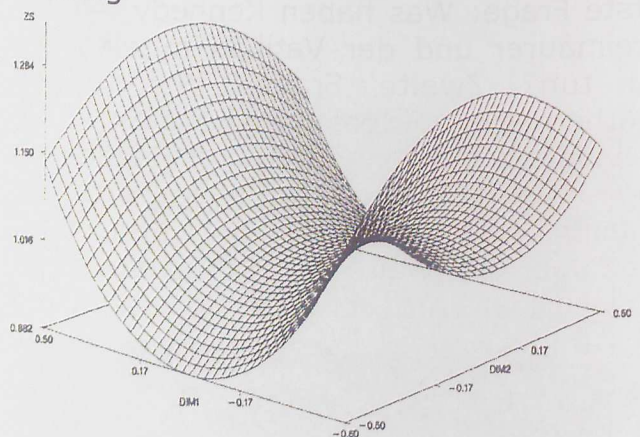


Unterscheidungen zwischen der Anwendung der axiomatischen Methode und der Rechnerei werden nur von bösen NeoklassikerInnen gemacht und können bedenkenlos ignoriert werden. Mathe in der Ökonomie ist böse, basta!

Freilich stellt sich die Frage welche Ideologen in der Politik die ökonomische Theorie umsetzen. Es ist zweifellos wichtig, wie der ideologische Gehalt von Aussagen über Existenz und Anzahl von Gleichgewichten, Aussagen über die Rolle des Vollständigkeitsaxioms in der Entscheidungstheorie oder Charakterisierungen von Überschussnachfragefunktionen zu "manifesten Politik" werden. Einen solchen ideologischen Gehalt gibt es "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit". Leider ist das derzeitige Anschauungsmaterial höchst unzureichend. Unser lieber Finanzminister sieht sich nicht so sehr der ideologieverseuchten Neoklassik verbunden als vielmehr der objektiven Wissenschaft wie sie die "Austrian" Economics liefert. In seiner Verachtung gegenüber der bei uns gelehrten Ideologie handelt er engagiert und spendet großzügig Steuergeld dem Hayek-Institut auf dass sich die reine Wahrheit am Ende doch noch durchsetzt. Wünschen wir ihm alle Erfolg! Abfällige Bemerkungen von Mitgliedern des WiWi-Institutes über diese Schule der reinen Wissenschaft dürften klar machen wie

sehr dieser Ort schon verseucht ist.

Es ist nicht schwer zu zeigen dass die in der Neoklassik verwendete Methode mit Wissenschaft nichts zu tun hat. Schließlich können alle Menschen welche die erste Stufe neoklassischer Weihe hinter sich haben, Modelle erschaffen die alle gewünschten Effekte hervorbringen. Hier wendet der/die geneigte Leser/in vielleicht ein dass es Fragestellungen gibt (z. Bsp.: Geldtheorie) bei denen noch immer auf eine brauchbare Modellierung gewartet wird. Das natürlich wäre ein Eingeständnis tief reaktionär zu sein, also last es lieber bleiben und schweigt! Andere mögen einwenden dass die Tatsache dass geschickte Menschen "mit ein paar Bausteinen aus ihrem theoretischen Bastelkoffer nahezu beliebige Resultate" erzielen können, einem feststehendem ideologischen Gehalt der Neoklassik widersprechen würde. Es liegt diesem so genannten Argument ein logischer Fehler zu Grunde, der sich leicht mit elementarer Anwendung materialistischer Dialektik aufzeigen lässt. Dies sei der/m geneigten Leser/in als Übungsaufgabe ans Herz gelegt, Ideologiekritik braucht Training!



Sollten diese Ausführungen dazu geführt haben dass der "gerechten Unmut" noch anstieg ist das natürlich tragisch, aber in dem ewigen Kampf zwischen Gut und Böse müssen auch Opfer erbracht werden. Da Entgegnungen nur von bösen, oder zumindest einer ausgiebigen Hirnwäsche unterzogenen Menschen, kommen können, wird keine Widerrede zur Kenntnis genommen.

Freundschaft!

RBK - Mythos oder Wahrheit?

Was sind das für Menschen die sich hinter dem Roten Börsenkrach verbergen? Wollen sie die Regierung stürzen? Verbringen sie ihr ganzes Leben damit, über die großen Probleme der Welt nachzudenken, in der Hoffnung die Lösung eines Tages hier abdrucken zu können? Stimmt es, dass es grausame Aufnahme Rituale gibt und involvierte Menschen oft spurlos verschwinden?

Nichts davon ist wahr, abgesehen vielleicht von den Versuchen die Regierung zu stürzen. Verschwundene Menschen sind vermutlich auf Erasmus im Ausland und kommen bald wieder. Es ist jedoch durchaus nicht ganz leicht zu beschreiben, was der RBK jetzt nun "wirklich" ist. Es gibt keine Statuten und der Zusammenhalt wird von einem gemeinsamen Bekenntnis zur Basisdemokratie™ gegeben, ein



Begriff so klar wie Haferschleimsuppe. Gemäß der erwürdigen "Zeit" sind wir eine "inhaltlich orientierte Spontigruppe", auch nicht sehr hilfreich. Es erscheint am sinnvollsten den real existierenden Roten Börsenkrach zu beschreiben. Wir treffen uns einmal die Woche (dieses Semester immer Donnerstag 20:00) zum Plenum. Dort besprechen wir was gerade anfällt.

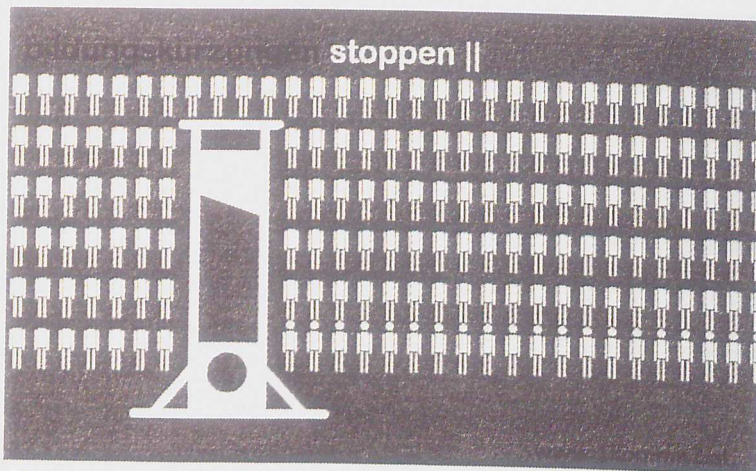
Das geht von hochtrabenden Projekten über die Herausgabe dieser Zeitung bis zu langwierigen Diskussionen darüber ob wir in unserem Basislager, der Schildburg, einen Luftbefeuchter aufstellen sollen. Die Plenas sind für alle offen zugänglich, auch wenn offenbar viele Studierende Hemmungen haben über das Aufstellen eines Luftbefeuchters mitzudiskutieren. In Anbetracht dessen, dass sich die



SchildbürgerInnen doch recht oft sehen, verwundert es auch nicht dass sich etwas seltsame Kommunikationsmuster herausgebildet haben, die für von außen Kommende etwas bizarr wirken können. Das sollte allerdings niemanden davon abschrecken, zum Plenum zu kommen. Niemand muss einen Vertrag unterschreiben und auch unregelmäßiges Erscheinen erfreut die Herzen der SchildbürgerInnen. Bekanntlich stellt die Basisgruppe auch die Studienrichtungsvertretung. Dank dem neuen Organisationsplan hat diese so viel formalen Einfluss wie die Sterne auf das Schicksal der Studierenden. Nichtsdestotrotz läuft informell alles am Institut ab als wäre nichts geschehen und so hat die Basisgruppe doch noch etwas Einfluss. Idealerweise bedeutet das, dass der Einfluss der Basis, also der Studierenden, gesichert ist. Das geht natürlich erheblich leichter wenn sich die Basis meldet. Es ist auch durchaus im Sinne der Basisdemokratie™ wenn die Studierenden bei der Bestimmung ihres Schicksals direkt mitwirken.

Fühlt euch willkommen!

Studieren und Arbeiten



Sicher hast auch Du schon das eine oder andere mal während Deines Studiums gearbeitet. Laut dem "Bericht über die soziale Lage der Studierenden" müssen zwei Drittel aller Studierenden neben dem Studium arbeiten. Tendenz steigend.

Neben all dem Stress mit undurchsichtigen Lehrplänen und verwirrenden Universitätsgesetzen gehen dabei Probleme und Fragen arbeitsrechtlicher Natur oftmals unter. Viele Dienstgeber nützen diese Unwissenheit um den einen oder anderen Euro Gehalt, der Dir eigentlich zustehen würde, einzusparen.

Als GPA-Mitglied bist Du bestens beraten und effizient vertreten. Denn wir verhandeln und kämpfen nicht nur für Deine Recht als ArbeitnehmerIn, sondern wir informieren unsere Mitglieder auch laufend über ihre Rechte und setzen ihre Ansprüche notfalls vor Gericht durch.

Diese Leistungen stehen unseren Mitgliedern selbstverständlich gratis zur Verfügung. Egal, ob es sich um einen Ferialjob am Fließband oder eine dauernde Beschäftigung im IT-Bereich auf Werkvertragsbasis handelt - wir checken Deinen Job darauf ab, ob Du gerecht bezahlt wirst oder ob Du Forderungen gegenüber Deinem/r ArbeitgeberIn geltend machen kannst. Sollte dieseR den Forderungen nicht nachkommen, vertreten wir Dich kostenlos bei arbeitsgerichtlichen Prozessen.

Im bildungspolitischen Bereich sehen wir es als unsere Aufgabe die derzeit miserablen Studienbedingungen und universitären Fehlentwicklungen zu thematisieren. Unsere Divise lautet daher: **Bildungskürzungen stoppen!** Und richtete sich an alle, die mit

uns gemeinsam die inakzeptablen Zustände an den Universitäten aufzeigen und bekämpfen wollen! **1komma7** ist online! Neben unseren zentralen Forderungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Studiensituation können sich Studierende auf der Plattform **www.1komma7.at** informieren und vernetzen.

Die GPA-StudentInnen fordern die **verfassungsgemäße Verankerung des Hochschulbudgets auf mindestens 1,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes** sowie weiters

- ☐ Abschaffung der Studiengebühren
- ☐ Freier Zugang zu gut ausgestatteten Bibliotheken auf jeder Fakultät mit Öffnungszeiten, die auch erwerbstätigen Studierenden entgegenkommen
- ☐ Ausweitung des Angebots für berufstätige Studierende und Studierende mit Kind (ganztägige Kinderbetreuung)
- ☐ Gratis Vorbereitungskurse zur Studienberechtigungsprüfung an den Unis und kostenlose Berufsreifeprüfung
- ☐ Sofortprogramm zur personellen und infrastrukturellen Verbesserung bei Massenstudien (Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Wirtschaftsuniversität etc.)
- ☐ Rücknahme und Neuverhandlung des Universitätsgesetzes 2002



Es gibt vieles, für das es sich lohnt, organisiert zu sein!

Du hast Fragen?

Du willst **Kontakt** zu uns aufnehmen?

Du willst Dich **organisieren** um Deine **kreativen Ideen aktiv einbringen** und **umsetzen** zu können?

Nichts einfacher als das!

Unter **www.1komma7.at** kannst Du **Mitglied werden**.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten ist DIE Gewerkschaft der Studierenden und mit fast 10.000 Studierendenmitgliedern die größte freiwillige und überparteiliche Interessensvertretung für Studierende.

Mit Deinem Gewerkschaftsbeitrag von jährlich 8,40 Euro stehen Dir all diese und weitere Serviceleistungen gratis zur Verfügung.

Weiter Infos findest du unter:

www.1komma7.at
www.yourrights.at
www.jugend.gpa.at



Arbeitsrechtliche Infos

Im klassischen, befristeten Dienstverhältnis - das sollte ein Ferienjob sein - ist von Anfang an klar geregelt, an welchem Tag du beginnst und wann dein letzter Arbeitstag ist. Weder kannst du dein Dienstverhältnis vorher beenden, noch kannst du gekündigt werden. Die einzige Möglichkeit deinen Job vor der vereinbarten Zeit zu beenden ist ein "vorzeitiger Austritt" deinerseits oder eine "Entlassung" durch deinen Chef. Dafür gelten jedoch spezielle Regelungen.

Ebenso stehen dir Urlaubs- und Weihnachtsgeld aliquot zu und du hast auch Anspruch auf Urlaub. Die Höhe deines Lohnes oder Gehaltes richtet sich nach den Regelungen im Kollektivvertrag.

Den "klassische Ferienjob" gibt es in den letzten Jahren immer weniger. Dafür gibt es eine rasante Zunahme von atypische Beschäftigungsformen auch während der Ferien. Hoch im Kurs steht beispielsweise der Werkvertrag. Das ist auch nicht weiter verwunderlich.

Ein Werkvertrag ist kein Anstellungsverhältnis. Wer in einem Werkvertrag arbeitet ist neue/r Selbständige/r. Das bedeutet schlicht und einfach, dass du dich in diesem Fall selbständig um deine Einkommenssteuer und deine Sozialversicherung kümmern musst. Du bist real ein/e eigenständige/r UnternehmerIn, der/die mit einem anderen Unternehmen in Geschäftsbeziehung steht. Daraus ergibt sich, dass du auch keinen Anspruch auf Urlaub, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld sowie kollektivvertragliche Bezahlung hast.

Deshalb setzen wir uns auf politischer Ebene dafür ein, dass die arbeitsrechtliche Situation verbessert wird, was für uns Studierende vor allem die Zurückdrängung schein-selbständiger Erwerbsformen mit geringer sozialer Absicherung (Werkvertrag, freier Dienstvertrag etc.) heißt.

www.1komma7.at
www.yourrights.at
www.jugend.gpa.at

GPA STUDENTINNEN
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN

Newsflash

Wir ziehen um!

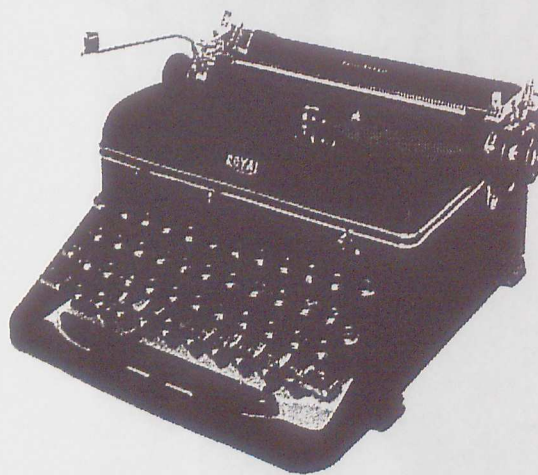
Die neue Schildburg wird ab kommenden WS 2004/2005 in der Nähe der alten Schildburg sein. Zugänglich ist sie entweder über den Arkadenhof; mensch betritt die Uni durch den Haupteingang, geht in den linken Trakt in Richtung unserer Hörsäle, beim Cola bzw. Kaffeeautomaten rechts durch die Tür in den Säulengang und dort dann die erste Tür links rein; oder mensch geht am HS 28 Richtung HS 29 weiter und geht dann links die Treppen runter.

Doktratsprogramm

Das Studienangebot der Volkswirtschaft an der Universität Wien soll ausgeweitet werden. Falls alles gut geht, wird es ein eigenständiges Doktoratsstudium Volkswirtschaft in absehbarer Zukunft geben. Damit wäre unser Institut österreichweit das einzige, welches ein rein VWL-spezifisches Doktoratsprogramm anbietet. Zurzeit wird, wie an vielen Unis auch, ein Doktoratprogramm in "Sozial- und Wirtschaftswissenschaften" angeboten. Strukturell soll das zukünftige Doktoratsprogramm in Vwl dem jetzigen ähnlich gestaltet werden, inhaltlich soll das Lehrveranstaltungsangebot von Vwl spezifischen Fächer ausgeweitet werden. Ein solches Programm würde es auch einfacher machen Gastprofessuren, Drittmittel etc. anzulocken. ProfessorInnen und AssistenInnen binden die Studierenden in die detaillierte Gestaltung dieses Programms ein. Hierfür möchten wir alle Studierenden der VWL dazu einladen, Ideen und Vorstellungen vorzubringen.

Vorbereitung fürs Erstsemestrigentutorium

Wie jedes Jahr gibt es im Herbst, Ende September, ein Erstsemestrigen-Tutoriumsseminar. Auf dem 3-tägigen Seminar werden in gemütlicher Atmosphäre mit Moderation Vorbereitungen für die Erstsemestrigen-Tutorien getroffen, und Grundlagen der Tutoriumsleitung vermittelt. Das Seminar ist kostenlos und findet in der Regel in einem Seminargasthof irgendwo am Lande statt. InteressentInnen melden sich bitte persönlich oder per E-Mail an vwl@gmx.at bis spätestens 23. Juni.



Kochrezept

Zwiebelsuppe

Gespart wird Zeit und Geld

Zutaten pro Person:

1Zwiebel

1Suppenwürfel

0,5-0,75 l Wasser

2 Hände voll Gries (ca. 50-100g)

Öl

Salz

Pfeffer

Andere Gewürze die interessant erscheinen

Prozedur

1.Zwiebel schneiden, Wasser währenddessen im Wasserkocher heiß machen

2.Öl im Suppentopf erhitzen =>

Zwiebel,

Salz, Pfeffer drauf => anbraten

3.Kochendes Wasser drauf

4.Suppenwürfel rein

5.Gries rein

=>aufkochen lassen, umrühren

6.vom Herd nehmen (oder kl. Flamme) und drei Minuten ziehen lassen während mensch Tisch deckt

Zusammen mit Brot oder Kohlenhydraten in anderer Form wird die nötige Sättigung erzielt; Schmeckt eigentlich auch ganz gut.

Wer meint das ganze durch im Herd mit Käse überbackenem Toastbrot upgraden zu müssen, geht unserer Ansicht nach Opportunitätskosten ein, die nicht durch den zusätzlichen Nutzen dieser Maßnahme gerechtfertigt werden können...

Persönliche Erreichbarkeit

In der SCHILDBURG

Dr. Karl-Lueger Ring 1010 Wien im LINKEN Unihof

Montag, 11:00-12:00

Dienstag 11:15-13:00

Mittwoch 11:15-12:00

Donnerstag 10:00-12:00

Tel: 4277-19 634

Fax: 4277-19 633

außer in den Ferien

Erreichbarkeit und Infos

StrV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: vwl@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk

Mail: vwl@gmx.at

Basisgruppe WIN aka FSL(WIN)RBK

Web: <http://fsinf.htu.tuwien.ac.at/~flo/win/>

Mail: fv-win@oeh.univie.ac.at

Der Name DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE VWL an der (noch) WIN Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt die Möglichkeit für alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

Plenum: jeden Donnerstag um 20:00 in der Schildburg